

ISSN 1560-6325 ISBN 978-3901989-47-6 € 20,-

polylog ⁴⁸ 2022

ZEITSCHRIFT FÜR INTERKULTURELLES PHILOSOPHIEREN

Hans Schelkshorn & Wolfgang Tomaschitz (Hg.)

Autoritarismus und Identitätspolitik



Mit Beiträgen von Heiner Roetz, Alexander Höllwerth, Arjun Appadurai, Cinzia Sciuto, Andrzej Gniazdowski, Jens Adam, Hagen Steinhauer, Shalini Randeria, Oritsegbubemi Anthony Oyowe, Leonhard Bauer und anderen

SONDERDRUCK

3

HANS SCHELKSHORN UND
WOLFGANG TOMASCHITZ

Autoritarismus und Identitätspolitik
Einleitung

7

ARJUN APPADURAI

*Wie die BJP es mit einer zweigleisigen Strategie
geschafft hat, ihre Ideologie in einer fragmentierten
Gesellschaft zu verbreiten*

15

JENS ADAM, HAGEN STEINHAUER UND
SHALINI RANDERIA

*Von Differenzlinien und moralischen Mehrheiten:
Majoritäre Identitätspolitiken als soft-autoritäre
Herrschaftspraxis*

41

HEINER ROETZ

*Unterdrückung als kulturelle Besonderheit:
Autoritarismus und Identitätsmanagement in China*

55

ALEXANDER HÖLLWERTH

*»Entgrenztes« Imperium
Zur ideologischen Grundlegung des russischen Krieges
gegen die Ukraine*

81

CINZIA SCIUTO

Sackgasse Identität

93

ANDRZEJ GNIAZDOWSKI

*Diktatur des Heimischen
Zur Ideengeschichte einer »radikalen Politik« in Polen*

FORUM

113

LEONHARD BAUER

*Anarchie und Interkulturalität
Zur Aktualität Paul Feyerabends*

133

ORITSEGBUBEMI ANTHONY OYOWE

*Soziale Personen, soziale Ungleichheit und
sozialer Tod*

165 *Berichte, Bücher & Medien*

182 *Impressum*

183 *Bestellen*

JENS ADAM, HAGEN STEINHAUER UND SHALINI RANDERIA

Von Differenzlinien und moralischen Mehrheiten:

Majoritäre Identitätspolitik als soft-autoritäre Herrschaftspraxis

ABSTRACT: This article examines the role of majoritarian identity politics in soft authoritarian attacks on democracy. Drawing on examples from France and Poland, we argue that in their struggle for cultural and political hegemony, right-wing actors use strategies like the demonisation of emancipatory politics, the problematization of difference and self-victimisation of »racial« or ethnoreligious majorities.

Highlighting three political buzzwords (namely *séparatisme*, *islamo-gauchisme* and *wokisme*), our first case study traces shifts in French public discourse towards a conjunction and normalization of islamophobe, racist and anti-intellectual stances. Ethnographic observations about recent anti-LGBT discourses and restrictive border policies in Poland showcase the mobilization of political affects to transform the body politic into an exclusive identarian *moral community*.

We close the article with a pledge to take seriously current attempts to redefine *Europe* as a closed formation with a fixed essence and stable identity.

KEYWORDS: soft authoritarianism; majoritarian identity politics; moral community; migration and border regimes; political affects; discourse analysis; ethnography

LINKE UND RECHTE IDENTITÄTSPOLITIK?

Am 25. Februar 2021 konnte man im Morgenprogramm des Deutschlandfunks eine interessante Diskussion zum Thema Identitätspolitik verfolgen. Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse (SPD), der ein paar Tage zuvor in der FAZ ei-

nen Gastbeitrag zur Frage »Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?« verfasst hatte, beklagte, dass Debatten über »Rassismus, Postkolonialismus und Gender« zunehmend aggressiver würden: »Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemein-

JENS ADAM ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (PostDoc) in der Excellence Chair *Research Group Soft Authoritarianisms* an der Universität Bremen.

HAGEN STEINHAUER ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Excellence Chair *Research Group Soft Authoritarianisms* an der Universität Bremen.

SHALINI RANDERIA ist Rektorin und Präsidentin der Central European University in Wien und Budapest. Sie leitet außerdem die *Research Group Soft Authoritarianisms* im Rahmen ihrer Tätigkeit als Excellence Chair an der Universität Bremen.



sinn zerstört.«¹ Im Interview stellte Thierse zwei Arten der Identitätspolitik gegenüber, nämlich rechte, die er mit Nationalismus, Homogenität, Hass und Gewalt verband, sowie linke, die sich durch Ausschließung von unliebsamen Meinungen aus der öffentlichen Diskussion kennzeichne, zu *Cancel Culture* führe, und die er explizit an Universitäten verortete. Laut Thierse führt diese linke Identitätspolitik, anstatt vernünftig strukturierter Argumente, nur die eigene Betroffenheit ins Feld und leitet aus diesem subjektiven Empfinden ab, wer sprechen oder gehört werden darf und wer somit vom Diskurs ausgeschlossen werden muss. Das Opfersein, die gefühlte Benachteiligung aufgrund der Subjektposition wird zum Argument und löst, so Thierse, die aufklärerische Tradition der vernunftbasierten Debatte ab.

Die Literaturwissenschaftlerin Andrea Geier nahm zwei Tage später an gleicher Stelle im Interview die Gegenposition ein. Sie verwies zunächst auf ein Paradox: »Menschen, die eine große Reichweite haben, [klagen] öffentlichkeitswirksam darüber [...], dass man irgendetwas angeblich nicht mehr sagen könne. Die sind sehr prominent vertreten in der Öffentlichkeit damit, dass man angeblich etwas nicht sagen könne.«² Laut Geier stelle es sich eben genau andersherum dar: »eigentlich wird denen, die Kritik üben [...] der Raum ab-

gesprochen, das zu tun, und nicht denen, die immer schon ihre Meinung sagen konnten.«³

Aus unserer Perspektive wird hier eine Konstellation deutlich, welche die Debatte um Identitätspolitik nicht nur in Deutschland, sondern auch darüber hinaus prägt und politische Wirksamkeit entfaltet: Die Benennung von Geschlechter- und rassistischen Hierarchien sowie die Infragestellung der sich aus ihnen ergebenden Subjektpositionen und Deutungshoheiten wird von einer »Mehrheit« als unangenehm und bedrohlich erfahren und als »linke Identitätspolitik« diskreditiert. Dass Wolfgang Thierse sich als »alter weißer heterosexueller Mann«⁴ in die Rolle des Ausgeschlossenen gedrängt fühlt, mag man dahingestellt lassen. Die damit verbundene Umkehrung der Machtpositionen durch die Selbstdarstellung als marginalisiert und in der eigenen Sprecherposition bedroht, betrachten wir jedoch als eine Figur, die einer rechten Identitätspolitik weiter den Boden bereitet und ihr zur diskursiven Dominanz verhilft. Denn Thierses Qualifizierung von Diskussionen zu »Rassismus, Postkolonialismus und Gender«⁵ als potentiell spaltende »linke Identitätspolitik« unterstützt weit verbreitete Zweifel an der Existenz struktureller Ausschlüsse. Zudem diskreditiert diese Argumentationslinie die Offenlegung und Kritik solcher Exklusionen als Ausdruck einer bloß

»Menschen, die eine große Reichweite haben, [klagen] öffentlichkeitswirksam darüber [...], dass man irgendetwas angeblich nicht mehr sagen könne. Die sind sehr prominent vertreten in der Öffentlichkeit damit, dass man angeblich etwas nicht sagen könne.«

Rohde, Fn. 2

3 Ebd.

1 Thierse: *Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft*, online.

4 Heckmann: *Wolfgang Thierse (SPD) über Identitätspolitik*, online.

2 Rohde: *Genderforscherin Geier zu Identitätspolitik*, online.

5 Thierse: *Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft*, online.



gefühlten Benachteiligung. Machtkritische, linke Positionen werden als identitäre Gefahr für gesellschaftliche Vernunft und Zusammenhalt benannt, während rassistische, polarisierende und gewalttätige Standpunkte einer rechten Identitätspolitik aus dem Fokus rücken – sie werden nicht einmal als identitätspolitisches Projekt wahrgenommen, sondern als legitimer Ausdruck der jeweiligen nationalen »Leitkultur«, welche der ethnischen oder religiösen Mehrheit die Definitionsmacht über Zugehörigkeit und Ausschluss zuspricht.

IDENTITÄTSPOLITISCHE VERSCHIEBUNGEN: VON DEN MINDERHEITEN ZUR MEHRHEIT

In diesem Beitrag möchten wir den Blick zurückwenden, indem wir nach Funktion und Bedeutung von Identitätspolitik für gegenwärtige autoritäre Transformationen fragen. Unseren Ausgangspunkt bildet hierbei die Beobachtung der wachsenden gesellschaftlichen Relevanz von häufig nicht als solche wahrgenommenen Identitätspolitiken von »Mehrheiten«. Diese greifen bisweilen auf Versatzstücke von Argumentationsfiguren zurück, die im Falle von minoritären Bewegungen als Ausdruck einer spalterischen »linken Identitätspolitik« kritisiert werden – ein Tatbestand, der auf eine bisher zu wenig diskutierte Verschiebung verweist, die sich in Variationen in vielen Gesellschaften konstatieren lässt: Ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten nutzten ursprünglich ein Vokabular von Identität, Differenz und kollektiven Rechten, um im Rah-

men einer »Politik der Anerkennung«⁶ innerhalb von liberalen Demokratien eine größere Sichtbarkeit, Teilhabe, oder Gleichberechtigung zu erstreiten. Im Kern ging es hierbei um Emanzipation und verbrieften Schutz vor der immer drohenden Dominanz von Mehrheitsbevölkerungen.

Die majoritären Identitätspolitiken hingegen, die wir in diesem Beitrag in den Blick nehmen, bedienen sich einer partiell ähnlich klingenden Sprache, um eben diese gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu festigen. Sie untergraben hierdurch gleichzeitig Grundprinzipien der liberalen Demokratie. Denn Mehrheiten sind in demokratischen Gefügen flüchtig und stets wandelbar, sie stellen sich entlang von jeweiligen Themen und Fragestellungen sowie im Wettstreit der Parteien und gesellschaftlichen Akteuren in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder neu her. Rechtspopulistische und nationalautoritäre Bewegungen mobilisieren nunmehr die Vorstellung von konstanten Mehrheiten, deren angeblich gleichbleibenden – gegenwärtig aber bedrohten – Identitäten auf religiöser, ethnischer oder sprachlicher Verbindung sowie auf gemeinsam erfahrenem Leid und Ungerechtigkeit beruhen. Entscheidend ist aus unserer Perspektive, dass diese Mehrheiten eben nicht stabil und immer schon vorhanden sind, sondern in identitätspolitischen Offensiven produziert und zusammengefügt werden.

Uns interessiert in diesem Zusammenhang insbesondere die Rolle von *politischen Affekten*

6 Vgl. Taylor: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*.

Im Kern ging es hierbei um Emanzipation und verbrieften Schutz vor der immer drohenden Dominanz von Mehrheitsbevölkerungen.



Die Problematisierung »linker Identitätspolitik« und ihre Diskreditierung als gefährliche Ideologie verstehen wir vor diesem Hintergrund als eine Strategie, Kritik an gesellschaftlichen Machtverhältnissen zum Schweigen zu bringen.

– das Schüren von Angst vor dem drohenden Bedeutungs- und Identitätsverlust einerseits sowie der wechselseitige Zuspruch von Dankbarkeit und Verpflichtung andererseits – zur Festigung und Neuverlegung gesellschaftlicher Trennlinien zwischen »Mehrheiten² und »Minderheiten«. Solche affektiven Bindungen tragen zur Ausbreitung von »Mehrheitschauvinismen« bei, die »Vorstellungen der Einzigartigkeit und Vollständigkeit des nationalen Ethnos«⁷ mit kollektivem Bedrohungsszenarien verknüpfen. Die Problematisierung »linker Identitätspolitik« und ihre Diskreditierung als gefährliche Ideologie verstehen wir vor diesem Hintergrund als eine Strategie, Kritik an gesellschaftlichen Machtverhältnissen zum Schweigen zu bringen. Wir wollen zeigen, wie die Negierung struktureller Exklusion und der Benachteiligung minoritärer Gruppen sowie ein Überzeichnen von »Differenz« als Gefahr für Tradition, Zusammenhalt und Sicherheit zur identitätspolitischen Mobilisierung von »Mehrheiten« genutzt werden können. Darin besteht die identitätspolitische Agenda des *soft authoritarianism*.

IDENTITÄTSPOLITIK IM SOFT AUTHORITARIANISM

In vielen Gesellschaften zeigten sich in den letzten Jahren beunruhigende Tendenzen, Prinzipien und Institutionen liberaler Demokratie im Zuge von demokratischen Prozessen sukzessive zu untergraben. Es ist diese, häu-

fig schleichende Transformation, die wir mit dem zunächst widersprüchlich anmutenden Begriff *soft authoritarianism* ins Visier nehmen. In Ländern wie Ungarn, Polen, der Türkei, oder Brasilien sind es häufig durch große Wahlmehrheiten legitimierte Politiker:innen die etwa Gerichte unter ihre Kontrolle zu bringen versuchen – sei es durch skrupellose Besetzungen von Richterposten durch Parteigänger:innen, sei es durch kleinere Verschiebungen innerhalb der Rechtsordnung. Unabhängigen Medien wird durch die Kappung ihrer Einnahmequellen, durch Veränderungen im Vergaberecht für Rundfunkfrequenzen oder auch durch ganz direkte Einflussnahmen das Leben schwer gemacht. Und sobald es soft-autoritären Politiker:innen, wie etwa in Ungarn, gelingt, verfassungsändernde Mehrheiten zu erobern, schrecken sie nicht davor zurück, konstitutionelle Rahmenbedingungen oder die Grundlagen des Wahlrechts dauerhaft zu ihren Gunsten zu verändern.

Die Qualifizierung als »soft« soll dabei nicht über die Robustheit solcher Machttechniken oder die Brutalität der durch sie hervorgerufenen Ausschlüsse hinwegtäuschen, die dieser neue Typus von Autoritarismus mit sich bringt. Vielmehr deutet sie an, dass er keines gewaltsamen Putsches oder Staatstreichs bedarf, um die Macht an sich zu reißen, sondern illiberale Elemente mit formal demokratischen verknüpft. *Soft authoritarianism* beschreibt also nicht den Übergang von der Demokratie zur Diktatur, sondern einen eigenen, relativ stabilen Regierungsstil, der mit spezifischen Praktiken und Machttechniken

7 Appadurai: *Geographie des Zorns*, 73.



Sie zielt auf die Herstellung von *kultureller Hegemonie und dauerhaften Wahlmehrheiten* und somit auf die gesellschaftliche Absicherung des soft-autoritären Wandels.

einhergeht. So argumentieren rechtspopulistische oder nationalautoritäre Politiker:innen häufig sogar, Demokratie überhaupt erst durchzusetzen – etwa indem sie bisher angeblich marginalisierten »einfachen Schichten« oder »stillen Mehrheiten« Gehör verschaffen und sie erstmals in politischen Prozessen angemessen vertreten. Es ist eben diese »strategische Gleichzeitigkeit und Verflechtung von autoritären und demokratischen Praktiken«, ⁸ die den *soft authoritarianism* auszeichnet. Entscheidend ist, dass im Zusammenwirken von vielen kleineren, oft unauffälligen rechtlichen Verschiebungen, von »listigen Strategien«⁹ im Gebrauch von politischer Macht und von sprachlich-diskursiven Mitteln, liberal-demokratische Institutionen und Verfahren sukzessive von innen ausgehöhlt werden.

Identitätspolitik kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Funktion zu. Sie zielt auf die Herstellung von *kultureller Hegemonie und dauerhaften Wahlmehrheiten* und somit auf die gesellschaftliche Absicherung des soft-autoritären Wandels. Zwei Aspekte erscheinen uns hierbei von besonderer Bedeutung: einerseits die Normalisierung rassifizierender, xenophober und sexistischer Positionen im Zuge einer stetigen Markierung von interner und externer Differenz sowie andererseits die affektive Konstruktion »moralischer Gemeinschaften«¹⁰ unter Zuhilfenahme von staat-

lichen und öffentlichen Infrastrukturen. In den folgenden Textpassagen werden wir uns zwei Stadien soft-autoritärer Transformationen zuwenden. Wir untersuchen zum einen identitäre und exkludierende Diskursstrategien, wie sie sich in unterschiedlichem Ausmaß gegenwärtig in vielen demokratischen Öffentlichkeiten beobachten lassen, und zum anderen Herrschaftstechniken, die von soft-autoritären Politiker:innen in Regierungsfunktion zur Verstetigung und Festigung ihrer Macht genutzt werden. Hierzu werden wir Beispiele aus Polen und Frankreich kontrastieren: In Polen hat ein Bündnis aus rechtspopulistischen und nationalautoritären Gruppierungen im Jahr 2015 die Macht erobert und bedient sich seither identitätspolitischer Offensiven, um öffentliche Diskussionen zu dominieren und fluide Wählergruppen dauerhaft zu binden. Im französischen Fall ist das autoritäre Potential majoritärer Identitätspolitik in der sich nach rechts verschiebenden Regierungsrhetorik und der großen Zustimmung zu rechtsradikalen bis offen rassistischen Präsidentschaftskandidat:innen bisher erst zu erahnen.

Trotz der deutlichen Unterschiede in der Gravität der beiden gewählten Beispiele scheint es uns zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Angriffe auf liberale Demokratien wichtig, Gemeinsamkeiten herauszustellen. Diese bestehen etwa in der Verlegung von *Differenzlinien* entlang von identitätsbezogenen Kategorien wie Herkunft, Religion, Geschlecht und Sexualität oder auch in der Konstruktion von *moralischen Mehrheiten* als

8 Flader: *Apathie und Hoffnung*, 14.

9 Hier im Anschluss an Shalini Randeria's Überlegungen zum »listigen Staat«: Randeria: *Cunning States*.

10 »Moralische Gemeinschaft« im Anschluss an: Fassin: *Enforcing Order*, 211.



der »eigentlichen Essenz« der Nation. Mit dem französischen Beispiel beginnend möchten wir in der Folge zunächst grundlegende diskursive Muster soft-autoritärer Identitätspolitik beleuchten, bevor wir anhand rezenter Entwicklungen in Polen die mit ihr verknüpften Herrschaftseffekte und -techniken in den Blick nehmen. Abschließend stellen wir beide Beispiele in einen größeren europäischen Rahmen und problematisieren die zunehmende Abschottung des Kontinents als ein kulturfundamentalistisches identitätspolitisches Projekt.

IDENTITÄTSPOLITISCHE UMKEHRUNGEN

Nach der Serie islamistischer Attentate im Oktober 2020 beherrschte eine Vokabel monatelang die politisch-mediale Öffentlichkeit Frankreichs: *islamo-gauchisme*, übersetzt etwa Islamo-Linksradikalismus. Vom Bildungsminister Jean-Michel Blanquer zunächst in einem Interview erwähnt,¹¹ wurde der Begriff schnell auch von anderen Regierungsmitgliedern genutzt, um eine geheime intellektuelle Komplizenschaft von linken Akademiker:innen, Politiker:innen und Dschihadist:innen zu behaupten. *Le Figaro* bezeichnete den *islamo-gauchisme* als Gangrän, das die Universität befallt.¹² Die explizite Verortung dieser Ideologie und ihrer destruktiven Auswirkungen

an den Universitäten veranlasste im Februar 2021 die Forschungsministerin Frédérique Vidal, eine Untersuchung dazu anzukündigen, welche Organisationen im Sinne des *islamo-gauchisme* forschten. Ihr Ansinnen stieß auf heftige Gegenwehr innerhalb des französischen Wissenschaftsbetriebs und führte auch international zu Solidarisierung und kritischer Berichterstattung.¹³

Die diskursive Verbindung von islamistischem Terrorismus mit linker Ideologie fügt sich ein in die Regierungslinie Emmanuel Macrons, der zuvor unter dem Schlagwort *séparatisme* Gesetzesvorhaben gegen den politischen Islam in Frankreich angekündigt und auf den Weg gebracht hatte. Davon betroffen sind nicht nur des Terrorismus Verdächtige, sondern auch Moscheen, Muslimische Vereine oder NGOs, die sich gegen Islamophobie einsetzten. Unter *séparatisme* versteht Macron politische Tendenzen in muslimischen Gemeinschaften, die Werte der Republik hinter sich zu lassen und so das gesellschaftliche Zusammenleben zugunsten der eigenen Gruppenidentität zu verunmöglichen. Der Islam wird mit der Ablehnung liberaler Werte in Verbindung gebracht, mit der Unterdrückung von Frauen und der Abkehr vom Laizismus, einem Grundpfeiler des nationalen Selbstverständnisses Frankreichs.¹⁴ Die sich hierin ausdrückenden Vorurteile gegenüber dem Islam sind in Frankreich weit verbreitet. Antimus-

11 Durand: *Ce qu'on appelle l'islamo-gauchisme fait des ravages*, online.

12 Beyer: *Comment l'islamo-gauchisme gangrène les universités*, online.

13 Onishi: *Will American Ideas tear France apart?*, online.

14 Elysée: *Discours du Président de la République sur le thème de la lutte contre les séparatismes*, online.

Islamo-gauchisme [wird] genutzt, um eine geheime intellektuelle Komplizenschaft von linken Akademiker:innen, Politiker:innen und Dschihadist:innen zu behaupten.



limische Stereotype sind Teil der Regierungsrhetorik geworden und schlagen sich mittlerweile auch in der Gesetzgebung nieder. Dieser Umstand deutet auf eine verfestigte, staatliche Islamophobie hin, die in ihren rechtlichen Maßnahmen die muslimische Zivilgesellschaft und Islamistische Terrorist:innen über einen Kamm schert. Zudem wird zugleich die Kritik an diesen strukturellen Ausschlussmechanismen in Frankreich sowohl politisch-medial als auch akademisch negiert, wie Studien zur marginalen Stellung und Nicht-Rezeption der internationalen Forschung zu Islamophobie aufzeigen.¹⁵

Aurelien Mondon und Aaron Winter zeichnen bereits 2017 das Mainstreaming von Islamophobie in Frankreich nach und zeigen, wie Muslime und ihr Kampf um Anerkennung als Risiko für das universalistische, liberale, säkulare Wertesystem Frankreichs gerahmt werden.¹⁶ So wird der Islam diskursiv als unvereinbar mit den nationalen Werten deklariert, was mit rechtlichen Maßnahmen und der Enttabuisierung islamophober Haltungen in der Mitte der Öffentlichkeit einhergeht. Zusätzlich zu diesen Ausgrenzungspraktiken führen rechte identitätspolitische Projekte in Frankreich auch zunehmend zur Delegitimierung von akademischer Kritik – besonders derjenigen, die strukturelle rassistische und islamophobe Missstände offenlegt. Bisweilen findet diese wissenschaftsfeindliche Kritik

auch in universitären Kontexten statt, wie ein offener Brief¹⁷ zur Unterstützung der Aussagen Blanquers zum *islamo-gauchisme* durch ein Kollektiv von Wissenschaftler:innen illustrieren mag. Darin wird die die angebliche Vorherrschaft von Ideologien an französischen Universitäten beklagt, die einen Hass gegen Weiße und Frankreich schüren würden. Im Besonderen werden in diesem Zusammenhang dekoloniale Studien genannt, aber auch die *Parti des Indigènes de la République*, die in ihrer Kritik rassistische Hierarchien und koloniale Kontinuitäten herausstellt. Diese angebliche ideologische Vorherrschaft verstehen die Verfasser:innen des offenen Briefs als Bedrohung der (weißen) Mehrheitsgesellschaft und ihrer sog. »Leitkultur«, sowie der freien Meinungsäußerung insbesondere im universitären Kontext.

Das Ergebnis dieser diskursiven Vermischung von akademischer Kritik und Fundamentalismus ist paradox: Die Definition und Bekämpfung von strukturellem Rassismus, Islamophobie und der Diskriminierung von Minderheiten wird entweder ignoriert oder, schlimmer noch, als eine Re-Essentialisierung rassistischer oder religiöser Identitäten angesehen. NGOs oder Aktivist:innen, die eine solche Kritik formulieren, werden von großen Teilen der Öffentlichkeit und von Regierungsvertreter:innen als *séparatistes* oder *islamo-gauchistes* diffamiert – wissenschaftliche Theorien als US-amerikanischer Import

Das Ergebnis dieser diskursiven Vermischung von akademischer Kritik und Fundamentalismus ist paradox: Die Definition und Bekämpfung von strukturellem Rassismus, Islamophobie und der Diskriminierung von Minderheiten wird entweder ignoriert oder, schlimmer noch, als eine Re-Essentialisierung rassistischer oder religiöser Identitäten angesehen.

¹⁵ Hajjat: *Islamophobia*; Zia-Ebrahimi: *Islamophobia denial*.

¹⁶ Mondon/Winter: *Articulations of Islamophobia*, 2171.

¹⁷ Collectif: *Une Centaine d'universitaires alertent: »Sur l'islamisme, ce qui nous menace, c'est la persistance du déni«*, online.



sogenannter *idéologies wokes* verunglimpft. So erklärte etwa der bereits zitierte Bildungsminister Blanquer die Bekämpfung des sogenannten *wokisme* zu einer Hauptaufgabe eines von ihm ins Leben gerufenen Think Tanks namens *Laboratoire de la République*.¹⁸ Im Januar 2022 eröffnete er eine Tagung an der Sorbonne, in deren Ankündigungstext dekoloniale Studien mit *wokisme* und *cancel culture* gleichgesetzt und als »Herausforderung für die Bildungswelt« und »aus den USA importierte Ideologie, [...] die in allen Bereichen der Gesellschaft [...] schon viel Schaden angerichtet« habe, bezeichnet werden.¹⁹ Hier zeigt sich die diskursive Salienz der identitätspolitischen Umkehrfigur, die es ermöglicht, die wissenschaftliche Untersuchung und Kritik struktureller Ungleichheiten als Gefahr für die Gesellschaft und nationale Identität zu rahmen.

Eine wachsende Wissenschaftsfeindlichkeit, die Delegitimierung kritischer Positionen und die Markierung bestimmter akademischer Diskussionen als »spalterisch« oder gar »identitär« erweisen sich so als weitere Arenen soft-autoritärer Verschiebungen. In dieser Hinsicht bestehen Parallelen zur illiberalen Transformation in Ungarn unter Viktor Orbáns FIDESZ, wo insbesondere Gender Studies als Ideologie gebrandmarkt und ihre Lehre 2018 aus vorgeschobenen und faden-

scheinigen Gründen verboten wurde.²⁰ Die Tragweite solcher Maßnahmen geht dabei weit über den Angriff auf freie Lehre und Forschung hinaus – vielmehr sind sie Ausdruck einer tiefgreifenden illiberalen Transformation des Staates, in welcher die Opposition zu Gender Studies als Symbol dient, um überparteilichen Konsens gegen liberale Reproduktionsrechte und die Rechte sexueller Minderheiten herzustellen.²¹ In Frankreich können rhetorische Manöver gegen postkoloniale und dekoloniale Studien beobachtet werden, aber auch intersektionaler Feminismus und Antirassismus werden diskursiv delegitimiert und als ausländische Ideologien und Gefahr für die nationale Einheit dargestellt. Im Unterschied zu Ungarn kann in Frankreich bisher nicht von einer illiberalen Transformation des Staates die Rede sein. Insofern betrifft der Vergleich bisher eher die diskursiven Mittel, weniger die weitreichenderen staatstransformierenden Effekte.

MIMIKRY DER MARGINALITÄT

Die Diskurse um *séparatisme*, *islamo-gauchisme* und *wokisme* erfüllen den Zweck, die nationale wertebasierte Identität Frankreichs als bedroht darzustellen. Wir verstehen daher unser Beispiel als einen Hinweis darauf, wie national-identitäre Lesarten von der angeblichen kulturellen Unvereinbarkeit ethnisch

18 Agence France-Presse: *Blanquer lance son »Laboratoire de la République«, ciblant notamment »le wokisme«*, online.

19 Hénin/Tavoillot: *Colloque international*, online, eigene Übersetzung.

20 Petó: *Feminist Stories*, 36–37.

21 Grzebalska/Pető: *The gendered modus operandi*, 165.

Eine wachsende Wissenschaftsfeindlichkeit, die Delegitimierung kritischer Positionen und die Markierung bestimmter akademischer Diskussionen als »spalterisch« oder gar »identitär« erweisen sich so als weitere Arenen soft-autoritärer Verschiebungen.



kodierter Gruppen in der Mitte der Öffentlichkeit und sogar der Regierungsrhetorik verankert werden. Mit den Stigmawörtern *islamo-gauchisme* und *wokisme* kann im selben Atemzug die Kritik an dieser Schaffung von gesellschaftlichen und politischen Trennlinien effektiv delegitimiert werden. Auch ohne direkten Zugriff auf zentrale Schaltstellen im Staat können nationalautoritäre Kräfte auf diesem Wege effektiv den Diskurs und den gesellschaftlichen Konsens beeinflussen.

Welchen enormen Einfluss sie so auch auf das Denken von Individuen ausüben, zeigt eine Umfrage von Oktober 2021. Aus ihr geht hervor, dass 61 % der Befragten der Aussage zustimmen, dass in Frankreich ein sog. geplanter »Bevölkerungsaustausch« stattfinden würde, der die weiße, christliche, europäische Bevölkerung durch muslimische Einwanderer aus dem Maghreb und Sub-Sahara-Afrika ersetzen wird.²² Diese Verschwörungstheorie des »großen Austauschs« stammt aus der Feder von Renaud Camus, einem Vordenker der Nouvelle Droite, und ist ein Kernelement der Ideologie der rechtsradikalen Bewegung in Europa und den USA geworden. In ihr bündeln sich beispielhaft zentrale Diskursstränge und Narrative, von deren Normalisierung soft-autoritäre Identitätspolitik lebt und die die politischen Reaktionen auf gefühlte Bedrohungen plausibilisieren und notwendig erscheinen lassen. Die gezielt geschürte Angst vor Identitätsverlust und Islamisierung durch Masseneinwanderung begünstigt europaweit

Grenzpolitiken, die das Recht auf Asyl und humanitäre Hilfe de facto außer Kraft setzen. Die Zusammenarbeit mit autoritär regierten Staaten wie Libyen oder der Türkei, sowie die Abschottung an EU-Außen- und Binnengrenzen sollen der europäischen Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit und Ordnung vermitteln. Zugleich werden mit dem Bild des »Bevölkerungsaustauschs« demographische Ängste geschürt, die sich aus dem angeblichen Missverhältnis zwischen hoher Fertilität migrantischer Minderheiten und niedrigeren Reproduktionsraten der autochthonen, weißen Mehrheitsbevölkerung speist. Der kaum kaschierte Rassismus, der aus diesem Szenario spricht, deutet daraufhin, dass nationale Identität im *soft authoritarianism* entlang ethnischer und religiöser Grenzen konstruiert wird.

In der gesamten westlichen Welt wird das Narrativ der bedrohten weißen Mehrheitsbevölkerung geschürt – eine bemerkenswerte diskursive Formation, wie sie etwa aus politischen Kampfbegriffen wie *racisme anti-blanc*²³ oder der Bezeichnung postkolonialer und intersektionaler Theorieansätze als *ideologies identitaires* spricht, wie sie die Online-Plattform *Observatoire du décolonialisme*²⁴ verwendet. Sprachgebrauch und Konzepte, die ursprünglich im emanzipatorischen Kampf diskriminierter Minderheiten um gleiche Anerkennung und Rechte genutzt wurden, werden nun von einer angeblich bedrohten Mehrheit für das Gegenteil genutzt. William Davies

In der gesamten westlichen Welt wird das Narrativ der bedrohten weißen Mehrheitsbevölkerung geschürt

22 Levy/Bartoli/Gautier: *Baromètre d'intentions de vote à l'élection présidentielle de 2022*, 42, online.

23 Yildiz: *Racisme anti-blanc*, online.

24 siehe <https://decolonialisme.fr/>



Die Figur des (muslimischen) Migranten dient in solchen national-identitären Verschwörungsnarrativen als Negativmatrix zur Schärfung der Konturen der eigenen nationalen Identität.

bezeichnet diesen pervertierten Kampf um Anerkennung als »an arms race, in which majority cultural identities deploy the language of minority rights in their defence«²⁵. Diese Inanspruchnahme der Rolle der Marginalisierten lässt Verteidigungsmaßnahmen zum Erhalt der ethnischen Mehrheitsverhältnisse plausibel erscheinen. Gleichzeitig verschleiert diese *Mimikry der Marginalität*²⁶ rassistische Kontinuitäten und Hierarchien zusätzlich. Die Selbstinszenierung als Opfer erzeugt nämlich beträchtliche Machtwirkungen, die es ermöglichen, Forderungen nach mehr Partizipation und Anerkennung von Minderheiten nachhaltig zu delegitimieren und als Bedrohung für die weiße Mehrheitsbevölkerung darzustellen. Die Figur des (muslimischen) Migranten dient in solchen national-identitären Verschwörungsnarrativen als Negativmatrix zur Schärfung der Konturen der eigenen nationalen Identität. Seine Position als »quintessential Other«²⁷ speist sich aus den impliziten Annahmen, dass menschliches Verhalten kulturell determiniert und verschiedene Kulturen miteinander unvereinbar seien. Orientalistische Vorurteile und das Schüren von Bedrohungsszenarien bis hin zur These der *white extinction*²⁸, die den Fortbestand der weißen Rasse als gefährdet ansieht, verhelfen rechtsradikalen

bis neo-faschistischen Ideologien europaweit zu immer größerer Akzeptanz.

Aber nicht nur ethnische und religiöse Differenzen werden als Gefahr für die nationale Identität und die weiße Mehrheit dargestellt; auch die Kategorien *gender* und *desire* sind zentral im soft-autoritären Kampf um diskursive Vorherrschaft und politische Hegemonie. Am Beispiel Polens wollen wir dies im Folgenden illustrieren und so zugleich aufzeigen, welche identitätspolitischen Dynamiken der *soft authoritarianism* entfachen kann, wenn er das Regierungshandeln prägt.

IDENTITÄTSPOLITIK ALS HERRSCHAFTSTECHNIK

Seit dem Regierungsantritt der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) im Jahr 2015 rücken nicht-heterosexuelle Lebensformen in Polen immer wieder ins Zentrum öffentlicher Diskussionen. So etwa im Jahr 2019, als sich eine ganze Reihe von Gemeinden und regionalen Gebietskörperschaften zu »LGBT-ideologiefreien Zonen« erklärte oder eine »kommunale Charta der Familienrechte« (Samorządowa Karta Praw Rodzin) annahm, die heterosexuelle Lebensweisen als einzig förderwürdige Norm anerkannte.²⁹ Eine größere Aufmerksamkeit erregten auch Aussagen des höchsten Repräsentanten des Staates, Präsident Andrzej Duda, der im Zuge der Kampagne zu seiner Wiederwahl im Sommer 2020 die »LGBT-Ideologie« als »noch zerstörerischer«

25 Davies: *Recognition*, 85.

26 Warnke/Bonacchi/Seiler-Brylla (i.Dr.): *Mimikry der Marginalität*.

27 Randeria/Karagiannis: *Migrant Position*, 219.

28 Bhatt: *White Extinction*.

29 Bachmann: *Auseinandersetzung um die Rechte*, online.



als den Kommunismus bezeichnete.³⁰ Der Leiter seiner Wahlkampagne, Joachim Brudziński, pflichtete ihm bei und ließ in den sozialen Medien verlautbaren, dass »Polen ohne LGBT am schönsten« sei.³¹ Zeitgleich äußerte der inzwischen zum Bildungsminister aufgestiegene PiS-Politiker Przemysław Czarnek in einem abendlichen Fernsehprogramm, man solle endlich aufhören, »diese Leute als den normalen Menschen gleich« zu betrachten.³² Und im September zeichnete die Hauptnachrichtensendung des staatlichen Fernsehens über mehrere Abende das Gefahrenszenario von einem konzertierten Angriff der »internationalen LGBT-Bewegung« auf Polen und insbesondere auf die »polnische Familie«.³³

Neben der konkreten Zusammensetzung einzelner Sprachbilder und Argumentationsfiguren sind hier der alarmistische Ton und die maßlos erscheinende Bedeutungszuschreibung bemerkenswert. Denn Schwule und Lesben bilden in Polen eine gesellschaftlich eher periphere Gruppe, die nur punktuell von sich aus das Licht einer größeren Öffentlichkeit

sucht. Auch die grundlegend »zersetzende Kraft« einer durch sie getragenen »Ideologie« ist bei nüchterner Betrachtung der polnischen Gegenwart schwer nachvollziehbar. Wie lässt sich erklären, dass eine kleine, eher marginalisierte Gruppe immer wieder in das symbolische Zentrum politischer Debatten tritt?³⁴

Aus unserer Perspektive verweisen diese Sprechformen und Narrative auf identitätspolitische Kämpfe um gesellschaftliche Hegemonie. Allerdings sind die treibenden Kräfte hierbei nicht organisierte sexuelle oder ethnische Minderheiten, die eine größere Sichtbarkeit, Gleichberechtigung oder übermäßige Sonderrechte einfordern. Identitätspolitik zeigt sich hier vielmehr als eine Herrschaftstechnik, die im Zuge soft-autoritärer Transformationen Anwendung findet, um gesellschaftliche Loyalitäten zu festigen und dauerhafte Wahlmehrheiten zu schaffen. Denn auch wenn die PiS-Regierung seit ihrem Antritt einige Rahmenbedingungen für die Durchführung freier und fairer Wahlen zum Nachteil der Opposition verändert hat, so hält sie doch nominell an dem Grundsatz der demokratischen Legitimierung fest. Für eine längerfristige Machtsicherung muss sie daher Wege finden, die stabile, auf etwa 25 % geschätzte nationalkonservative Kernwählerschaft³⁵ zu einer Majorität zu vergrößern.

34 Siehe zu ähnlichen Konstellationen der Parallelität von Marginalität und symbolischer Zentralität sozialer Gruppen: Metcalfe: *The Demonology of Class*, 50 sowie Wright/Reinhold: »Studying Through«, 88.

35 Danielewski: *O rety, tę władzę uratują kobiety?*, online.

Identitätspolitik zeigt sich hier vielmehr als eine Herrschaftstechnik, die im Zuge soft-autoritärer Transformationen Anwendung findet, um gesellschaftliche Loyalitäten zu festigen und dauerhafte Wahlmehrheiten zu schaffen.

30 BBC: *Polish election*, online.

31 tokfm.pl: *Brudziński na Twitterze*, online.

32 Zygiel: *Posel PiS Przemysław Czarnek o LGBT*, online.

33 Die real existierenden vielfältigen internationalen Verbindungen der europäischen Rechten zu der amerikanischen Alt-Right-Bewegung sowie die ideologische und finanzielle Unterstützung von rechtskonservativen christlichen Gruppen aus den USA zur Durchführung von Kampagnen gegen das Recht auf Abtreibung, LGBTQ- und Frauenrechte in Ländern wie Polen, blieben in diesem Zusammenhang natürlich unerwähnt.



Neben sozialpolitischen Programmen, die gerade ärmere Familien und Bewohner kleinerer Gemeinden adressieren, stellen identitätspolitische Mobilisierungen eine wesentliche Strategie dar, um unterschiedliche Gruppen affektiv an den Regierungsblock zu binden.

Ein wiederkehrendes Element bildet hierbei die *Markierung und Problematisierung von Differenz*. Der jeweilige Verlauf solcher diskursiver Differenzlinien ist dabei wandelbar. Sie können sowohl innergesellschaftlich als auch gegenüber »externen Anderen« gezogen werden. Neben Lesben und Schwulen, Feminist:innen oder Gegner:innen eines Abtreibungsverbotes können Muslim:innen, Migrant:innen oder EU-Institutionen ins Visier rechtsnationaler Politiker:innen und Medien geraten. Um ihre identitätspolitische Wirkung zu entfalten, werden sie zu Kernbestandteilen von Gefahrenszenarien, ...

Neben Lesben und Schwulen, Feminist:innen oder Gegner:innen eines Abtreibungsverbotes können Muslim:innen, Migrant:innen oder EU-Institutionen ins Visier rechtsnationaler Politiker:innen und Medien geraten. Um ihre identitätspolitische Wirkung zu entfalten, werden sie zu Kernbestandteilen von Gefahrenszenarien, die nur entschlossenes Regierungshandeln von Polen abzuwehren vermag. Als Zielgröße dieser Formen von Identitätspolitik tritt eine als Mehrheit adressierte »Wir-Gruppe« hervor – eine »moralische Gemeinschaft« der »normalen«, einander in wechselseitiger Verpflichtung affektiv verbundenen Polen. Dieser Zusammenhang zwischen der Markierung von Differenz und der identitätspolitischen Anrufung einer moralischen Majorität zum Zwecke der Schaffung von Wahlmehrheiten zeigt sich anhand von Äußerungen des Parteivorsitzenden der PiS. In einem Interview für das rechtsnationale Magazin »Gazeta Polska« versichert Jarosław Kaczyński der polnischen Öffentlichkeit, dass niemand in der Lage sein wird, Polen die

LGBT- oder Gender-Ideologie aufzuzwingen, solange seine Partei die Regierung stelle. Diese garantiere auch für die Zukunft eine Gesellschaft, in der man sich »auf selbstverständliche Dinge berufen« könne. All diejenigen, die weiterhin in einer »normalen Welt« leben wollten, in der »eine Frau eine Frau ist und ein Mann ein Mann«, müssten seine politische Formation unterstützen.³⁶

IDENTITÄTSPOLITISCHE INFRASTRUKTUREN

Diese Kämpfe um Mehrheiten und gesellschaftliche Hegemonie sind immer weniger Auseinandersetzungen unter Gleichen. Seit ihrem Regierungsantritt hat die PiS sukzessive öffentliche Institutionen und staatliche Strukturen unter ihre Kontrolle gebracht, Führungspositionen mit militanten Parteigänger:innen oder zumindest ihr freundlich gesinnten Personen besetzt. Dies gilt im besonderen Maße für die öffentlich-rechtlichen Medien, die sehr zügig in ihrer personellen Zusammensetzung und inhaltlichen Ausrichtungen grundlegenden Veränderungen unterzogen wurden.³⁷ Langjährige, »politisch unzuverlässige« Journalist:innen wurden entlassen, ihre Verträge nicht verlängert oder sie kündigten von sich aus, da sie diese Neuausrichtung nicht mittragen wollten; regierungstreue Kolleg:innen nahmen ihre Stellen ein. Die öffentlich finanzierten Fernseh- und Ra-

³⁶ *Gazeta Polska*, Nr. 14, 7.4.2021.

³⁷ Łada: *Der polnische Fernseh- und Radiomarkt*, online.



diosender waren nach dem Ende des Staatssozialismus niemals frei von politischen Einflussnahmen. Sie boten dennoch in einem gewissen Maße Raum für eine kritische Begleitung und mehrstimmige Diskussion öffentlicher Angelegenheiten. Die PiS-Regierung hat sie nunmehr in einem zuvor ungekannten Maße in einseitige Sprachrohre der eigenen Politik verwandelt, die Tag für Tag ideologisch unterlegte Narrative als Fortsetzungsgeschichten verbreiten und Vertreter:innen des eigenen Lagers und der Opposition in bemerkenswerter Schamlosigkeit ungleich behandeln. Formen der politischen Übernahme – wenn auch häufig stiller, weniger radikal und von zunächst geringerer Tragweite – zielten auch auf Museen, Bildungseinrichtungen oder Firmen im Staatsbesitz. In der Konsequenz lassen sich nunmehr der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Kulturinstitutionen und Schulen, Tankstellen und Kioske, die Post und die Armee als *Infrastrukturen für identitätspolitische Offensiven* nutzen. Diese Entwicklung möchten wir an einem Beispiel genauer darstellen.

MIGRATIONSBEWEGUNGEN ALS »HYBRIDER ANGRIFF«

Auch im Herbst 2021 bildet *gefährliche Differenz* wiederum ein Leitmotiv öffentlicher Diskussionen. Allerdings sind dieses Mal »externe Andere« in den Fokus von Regierungsvertreter:innen und ihren medialen Verbündeten geraten. Seit dem Sommer sucht eine wachsende Anzahl von Migrant:innen aus dem Mittleren Osten und Afrika an der polnischen

Ostgrenze Einlass in die Europäische Union. Anzeichen, dass es sich bei diesen Bewegungen zumindest partiell um eine durch das belarusische Regime gesteuerte Dynamik handeln könnte, nimmt die polnische Regierung bereits früh zum Anlass, von einem »hybriden Angriff« zu sprechen.³⁸ Unter diesem Schlagwort etabliert sie eine Sicht der Ereignisse, die seither die öffentlichen Diskussionen in Polen dominiert und auch recht bereitwillig von Politiker:innen aus Nachbarländern oder Vertreter:innen europäischer Institutionen übernommen worden ist. Nach dieser Lesart werden Migrant:innen mit dem falschen Versprechen auf einen direkten Zugang in die Europäische Union nach Minsk gelockt, an die polnische Grenze verbracht und von belarusischen Sicherheitskräften zu deren irregulären Überschreitung ermutigt, wenn nicht sogar genötigt. Die Drahtzieher sind demnach die Machthaber in Minsk, die Migrant:innen nicht nur finanziell betrügen und zu einem illegalen, selbstgefährdenden Verhalten zwingen, sondern auch für ihre Zwecke instrumentalisieren. Denn die eigentliche Intention bestünde in der Bestrafung Polens und der baltischen Staaten für ihre Unterstützung der belarusischen Demokratiebewegung und ihre Befürwortung von Sanktionen gegen das Minsker Regime. Darüber hinaus sei es Lukaschenkos Kalkül, durch irreguläre Migration Zwietracht und Unsicherheit innerhalb der Europäischen Union hervorzurufen und hierdurch auch den sicherheitspolitischen

Formen der politischen Übernahme – wenn auch häufig stiller, weniger radikal und von zunächst geringerer Tragweite – zielten auch auf Museen, Bildungseinrichtungen oder Firmen im Staatsbesitz.

³⁸ Polskie Radio: *Polish, Baltic PMs denounce »hybrid attack«*, online.



Rahmen der mittelosteuropäischen Staaten zu destabilisieren. Um diesen »hybriden Angriff« zu unterbinden, gälte es, diese Migrationsrouten zu unterbrechen und die polnische Grenze, auch als Außengrenze der Europäischen Union, entschieden zu verteidigen.³⁹

Es geht uns an dieser Stelle nicht darum, den Wahrheitsgehalt dieses Narratives kritisch zu überprüfen. Stattdessen konzentrieren wir uns auf einige gesellschaftliche und politische Effekte der Rahmung dieser Ereignisse als »hybriden Angriff«. Aus unserer Perspektive werden durch die Setzung des Begriffs Diskussionsräume verengt und zugleich Potenziale für identitätspolitische Mobilisierungen geschaffen. Zunächst verschärft er die grundlegende diskursive Problematisierung von Migration. In der Regierungskommunikation mischen sich altbekannte rechte Motive von den Gefahren des Terrorismus und der gesellschaftlichen Desintegration, die eine Zuwanderung von Muslim:innen zwangsläufig mit sich bringe, mit einer neuen Figur: Migrant:innen werden im Zuge ihrer Instrumentalisierung durch eine neuartige, »hybride« Form zwischenstaatlicher Aggression gewissermaßen zu »lebenden Waffen« und somit zu einer Sicherheitsbedrohung für die polnische Nation und Europa, die es abzuwehren gilt. Dieses Deutungsmuster erlaubt es dem Regierungslager und den ihnen freundlich gesinnten Medien, die individuell

len Geschichten, die Anliegen, das durch diese Politik hervorgerufene Leid, aber auch die Rechte der Menschen, deren Mobilität an der polnischen Ostgrenze ins Stocken geraten ist, völlig außer Acht zu lassen.

GRENZREGIME UND SOFT-AUTORITÄRE TRANSFORMATION

Zugleich eröffnet diese diskursive Rahmung dem Regierungslager Möglichkeiten zur Festigung ihrer Dominanz und zu neuen identitätspolitischen Offensiven. Die Motive des Angriffs, der Bedrohung und der Notwendigkeit der Verteidigung schaffen Bedingungen zur Plausibilisierung zweier Prozesse, welche die soft-autoritäre Transformation der polnischen Demokratie weiter vorantreiben.

Dies gilt einerseits für die *Militarisierung des Grenzregimes*. Die polnische Regierung verlegte zügig etwa 15.000 zusätzliche Grenzschützer:innen, Soldat:innen und Polizist:innen aus anderen Landesteilen an die Ostgrenze und ließ mit dem Bau unterschiedlicher Schutzanlagen beginnen. Sicherheitskräfte brachten Hubschrauber, Nachtsichtgeräte und andere technische Arrangements zum Einsatz, um Grenzübertritte aktiv zu verhindern sowie Migrant:innen, die trotz alledem bereits polnisches Territorium erreicht hatten, aufzuspüren und nach Belarus zurückzuführen. Andererseits nahmen Regierung und Parlament eine Reihe von *juristischen Veränderungen* vor, welche die Handlungsspielräume staatlicher Autoritäten beträchtlich ausdehnen, die Rechte von Migrant:innen, aber auch von

39 Dieses Regierungsnarrativ wird in folgender englischsprachiger Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten auf den Punkt gebracht: Kancelaria Premiera: #WeDefendEurope, online.

In der Regierungskommunikation mischen sich altbekannte rechte Motive [...] mit einer neuen Figur: Migrant:innen werden [...] durch eine neuartige, »hybride« Form zwischenstaatlicher Aggression gewissermaßen zu »lebenden Waffen« ...



Nach internationalem Recht weiterhin illegale Pushbacks sind seither innerhalb der polnischen Rechtsordnung legalisiert.

polnischen Bürgern, hingegen beschneiden. Aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen seien nur zwei herausstechende Neuerungen erwähnt: zum einen die Erklärung des Ausnahmezustandes Anfang September 2021, die entlang der Grenze eine drei Kilometer breite Sperrzone schuf, die nunmehr nur von Bewohner:innen und Sicherheitskräften betreten werden durfte; zum anderen ein Gesetz, das Grenzschildern die Rückführung von Migrant:innen, die das polnische Territorium irregulär betreten haben, auch dann erlaubt, wenn sie um Asyl bitten – anders formuliert: nach internationalem Recht weiterhin illegale Pushbacks sind seither innerhalb der polnischen Rechtsordnung legalisiert.

Durch das Zusammenwirken beider Prozesse wurde entlang der polnischen Ostgrenze eine rechtliche Sonderzone geschaffen, in der Migrant:innen mitunter sechs- bis achtmal von polnischen und belarusischen Grenzschildern hin- und her gestoßen wurden, ohne Zugang zu Trinkwasser, Nahrung oder Behausungen durch das sumpfige Waldgebiet irren, erkrankten, verschwanden und bisweilen starben.⁴⁰ Da Ärzt:innen, Rechtsbeiständen und Hilfsorganisationen der Zutritt verweigert war, wurden Migrant:innen systematisch ihrer Rechte auf körperliche Unversehrtheit, Notfallversorgung oder die Formulierung eines Schutzgesuches beraubt. Auch

Journalist:innen blieb der Zugang verwehrt, sodass die Regierung ein weitgehendes Informationsmonopol über die Geschehnisse im direkten Grenzgebiet errichten konnte. Die mittelfristigen Konsequenzen dieser rechtlichen Veränderungen bleiben abzuwarten. In jedem Fall vergrößern sie das Spektrum autoritärer Praxen, die innerhalb der polnischen Demokratie zur Herrschaftssicherung des gegenwärtigen Regierungslagers Anwendung finden können, nachhaltig.⁴¹

⁴¹ Kritiker:innen verweisen insbesondere auf eine wesentliche Konsequenz, die aus der Einführung des Ausnahmezustandes erwachsen kann: Laut polnischer Verfassung können während eines durch den Präsidenten auf Vorschlag der Regierung ausgerufenen Ausnahmezustandes und 90 Tage danach weder das Parlament aufgelöst noch Wahlen durchgeführt werden – anders formuliert: ein möglicherweise ungelegener Wahltermin ließe sich durch die Erklärung des Ausnahmezustandes auch dann aufschieben, wenn er nur einen kleinen Teil des Staatsgebietes beträfe. Die seit der Ausrufung des Kriegsrechtes im Jahr 1981 durch die staatssozialistischen Autoritäten erstmalige Einführung des Ausnahmezustandes als Reaktion auf eine eigentlich beherrschbare Entwicklung – vermehrte Grenzübertritte von Migrant:innen in der zweiten Jahreshälfte 2021 – wird von diesen Kritiker:innen aus Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als ein juristisch-politisches Experiment gedeutet, in dem die Regierung erweiterte Handlungsspielräume für autoritäre Politiken ausgetestet hat. (Einschätzung auf Basis der von Jens Adam im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Warschau im Herbst 2021 angefertigten Feldnotizen.)

⁴⁰ Siehe hierzu exemplarisch die Berichte der Journalistin und Aktivistin Anna Alboth sowie der Stellvertreterin des Ombudsmannes für Menschenrechte Hanna Machińska: Nogaś: Anna Alboth, online. und Tumidalski: Hanna Machińska, online.



#MUREMZAPOLSKIMMUNDUREM

Diese Tendenzen zur Militarisierung der Grenze und zu rechtlichen Verschärfungen werden im Herbst 2021 von einer identitätspolitischen Offensive des Regierungslagers begleitet. Diese zielt darauf ab, den öffentlichen Raum mit der eigenen Sichtweise und Narration zu besetzen und hierdurch zugleich verschiedene soziale Gruppen zu einer affektiv verbundenen Majorität zusammenzubringen. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet sie in der Mobilisierung einer griffigen Formel durch mediale, gesellschaftliche und politische Sphären: »Murem za polskim mundurem«⁴² – eine Parole, die sich sinngemäß als »geschlossen« oder »wie ein Mann hinter der polnischen Uniform« übersetzen lässt. Regierungsnahe Medien berichten, nicht weiter spezifizierte »Internetnutzer« hätten dieses Hashtag entwickelt, um polnische Grenzschrützer:innen, Polizist:innen und Soldat:innen vor den angeblich wachsenden Anfeindungen aus dem öffentlichen Raum zu schützen. Der Spruch transportiert das Bild einer festen Mauer (»mur«), die sich aus individuellen Körpern hinter (»za«) den die Grenze schützenden Sicherheitskräften (»mundur«) bildet – aus Polinnen und Polen, die in der Abwehr einer äußeren Gefahr zu einer moralischen Gemeinschaft zusammenfinden. Denn der Kitt, der diese Mauer zusammenhält, ist Einigkeit,

42 Wortwörtlich ins Deutsche übertragen: »Als Mauer (oder mit einer Mauer) hinter der polnischen Uniform«. »Mundur« kann im übertragenen Sinne auch »Armee« bedeuten.

wechselseitige Verpflichtung, Dankbarkeit und inszenierte Zusammengehörigkeit.

Seit dem Spätherbst 2021 zirkuliert diese Formel vielfältig durch Medien und Alltag. Der staatliche Nachrichtensender TVP Info hat sie in ein Icon verwandelt, das kontinuierlich in einer Bildecke eingeblendet ist.⁴³ Am Hauptsitz der Polnischen Nationalbank in Warschau sind zwei raumgreifende Banner an den Außenfassaden angebracht. Medien berichten von den unterschiedlichsten lokalen Aktionen unter diesem Motto im ganzen Land: In Kielce und Białystok finden etwa Jahrmärkte statt. Eine Fernsehreporterin schildert, dass hier Essen »wie bei Oma« für die Soldaten an der Grenze zubereitet wird, Gerichte, »die ältere und jüngere Männer mögen«.⁴⁴ Gemeinderäte bringen entsprechende Spruchbänder an ihren Rathäusern an oder versammeln sich zu kleinen Demonstrationen. Aus der nordpolnischen Stadt Słupsk wird ein Film von einer solchen Zusammenkunft übermittelt, auf der die Teilnehmenden laut »hier ist Polen!« rufen.⁴⁵ Die aufwändigste

43 Dies hat sich erst durch Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 geändert. Seither dominieren Berichte von den Kampfhandlungen, den Auswirkungen des Krieges auf das Leben in der Ukraine, der Aufnahme von Millionen von ukrainischen Flüchtlingen in Polen und der Unterstützung der Ukraine durch die polnische Regierung die mediale Berichterstattung. Die Geschehnisse an der belarussischen Grenze sind hierdurch in den Hintergrund getreten.

44 TVP Info: Murem za polskim mundurem, online.

45 <https://polskatimes.pl/murem-za-polskim->

Der Spruch transportiert das Bild einer festen Mauer (»mur«), die sich aus individuellen Körpern hinter (»za«) den die Grenze schützenden Sicherheitskräften (»mundur«) bildet.



und öffentlichkeitswirksamste Aktion organisieren das staatliche Fernsehen und das Verteidigungsministerium gemeinsam. In einem Flugzeughangar der Armee findet zwischen Militärfahrzeugen ein Solidaritätskonzert von prominenten polnischen Künstler:innen, Armeechören und einigen internationalen Starlets statt, das zur besten Sendezeit landesweit übertragen wird.⁴⁶ Und wer seine Unterstützung auch jenseits solcher Ereignisse zum Ausdruck bringen will, der kann sich im Internet Tassen oder T-Shirts mit dem Aufdruck »Murem za polskim mundurem« bestellen.

Insbesondere zwei Dimensionen dieser identitätspolitischen Offensive verweisen auf ihre Einbindung in den längerfristigen Prozess der soft-autoritären Transformation der polnischen Demokratie: einerseits die fraglose Nutzung öffentlicher Institutionen und Firmen im Staatsbesitz zur kritiklosen Verbreitung von Leitmotiven der Regierungspolitik; andererseits die Schaffung einer sich als Majorität erlebenden Gemeinschaft durch die Übertragung von wechselseitiger Dankbarkeit und Verpflichtung. Das Zusammenwirken *dieser infrastrukturellen und affektiven Dimensionen* als Grundbestandteile einer soft-autoritären Herrschaftstechnik lässt sich anhand eines Beispiels illustrieren.

Im Dezember berichtet die Hauptnachrichtensendung des staatlichen Fernsehens

[mundurem-pikieta-w-slusku-zdjecia-wideo/ar/ci-15921661](https://www.tvp.pl/15921661)

46 Siehe exemplarisch den kritischen Nachbericht in der Gazeta Wyborcza; Szubrycht: Koncert »Murem za polskim mundurem«, online.

von einer Schulaktion unter dem benannten Motto.⁴⁷ In einem Klassenraum sitzen Schülerinnen mit weiß-roten Schleifen im Haar, ihre Mitschüler tragen gleichfalls in den Landesfarben gehaltene ordensähnliche Abzeichen auf der Brust. Die Kinder schreiben Briefe an Soldaten und Grenzschrützer.⁴⁸ Ein Brief wird eingeblendet, in dem »wir kleine Polen« für Schutz, Sicherheit und dem »Dienst an unserem Vaterland« danken. In einer folgenden Sequenz kommen Sicherheitskräfte zu Wort, die sich für die vielen Zuschriften aus dem ganzen Land bedanken. Ein Grenzschrützer bekennt, dass sie sich über die Briefe von Kindern ganz besonders freuen. Denn sie würden ihren Dienst gerade auch dafür verrichten, damit die kommenden Generationen in einem sicheren Land leben können. Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass die staatliche Post unverzichtbare infrastrukturelle Unterstützung leistet, indem sie Briefe, Postkarten und Pakete kostenlos an die Einsatzkräfte an der Grenze befördert.⁴⁹ In ihren Filialen wurden besondere Briefkästen aufgestellt und mit dem Aufdruck »Murem za polskim mundurem« gekennzeichnet.

Aus unserer Perspektive ist es entscheidend, diese landesweite Übertragung des wechselseitigen Zuspruchs von Anerkennung,

47 Wiadomości, TVP Info, 4. Dezember 2021.

48 Wir nutzen in diesem Fall bewusst das generische Maskulinum, da es in solchen Berichten im Regelfall männliche Soldaten und Grenzschrützer sind, die als Empfänger erscheinen.

49 Kostrzewski: Poczta Polska murem za mundurem, online.

In einem Klassenraum sitzen Schülerinnen mit weiß-roten Schleifen im Haar, ihre Mitschüler tragen gleichfalls in den Landesfarben gehaltene ordensähnliche Abzeichen auf der Brust. Die Kinder schreiben Briefe an Soldaten und Grenzschrützer.



Es ist davon auszugehen, dass weitere Differenzlinien gezogen, raffiniertere Bedrohungsszenarien gezeichnet und neue identitätspolitische Offensiven gestartet werden, um im Hinblick auf die nächsten Wahlen auseinanderstrebende soziale Gruppen affektiv zu einer Mehrheit für das nationalautoritäre Lager zusammenzubringen.

Dankbarkeit und Zusammengehörigkeit als eine identitätspolitische Praxis zu verstehen. Unter Nutzung der durch das Regierungslager angeeigneten öffentlichen Infrastrukturen zielt sie auf die Konstruktion einer moralischen Gemeinschaft, die im Anbetracht der äußeren Gefahr keine inneren Differenzen kennt. Damit einher geht die Normalisierung einer diskursiven Verknüpfung von »(illegaler) Migration« mit Figuren der Bedrohung und, sogar darüber hinausgehend, des Angriffs und der Notwendigkeit kollektiver Verteidigung. Es ist gerade diese Kombination aus Besetzung des öffentlichen Raums mit eigenen Narrativen, der skrupellosen Nutzung bereits erbeuteter öffentlicher Infrastrukturen und der affektiven Gemeinschaftsbildung anhand derer sich der soft-autoritäre Charakter dieser Form von Identitätspolitik zeigt. Gramscis Bild vom »Stellungskrieg« ist in diesem Zusammenhang erhellend.⁵⁰ Im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie können bisher gehaltene Positionen, Institutionen oder Medien – und somit die »Befestigungsanlagen« und sie unterstützende Infrastrukturen – in die Hände des gegnerischen, angreifenden Lagers fallen und dann zur weiteren Festigung seiner Dominanz eingesetzt werden. Gleichzeitig lässt sich aus diesem Bild die Schlussfolgerung ziehen, dass es sich für Regierungskritiker:innen lohnen kann, auch eine unbedeutend erscheinende Stellung zu verteidigen und selbst kleinste Territorien zu halten. Entsprechend tun regierungsferne Kommentator:innen und

zivilgesellschaftliche Organisationen was sie können, um von den Narrativen der nationalen Bedrohung, der Militarisierung des öffentlichen Lebens und Diskurses oder den verschärften Problematisierungen von Migration nicht überrannt zu werden. Aber die Geländegewinne der Regierung sind beträchtlich. Es ist ihr zwischenzeitlich gelungen, die innere Brüchigkeit des rechten Lagers zu überdecken, von den eklatanten Schwächen der eigenen Politik und staatlicher Strukturen im Umgang mit der Pandemie abzulenken und in Wahlumfragen verlorenen Boden ein Stück weit wieder gut zu machen. Es ist davon auszugehen, dass weitere Differenzlinien gezogen, raffiniertere Bedrohungsszenarien gezeichnet und neue identitätspolitische Offensiven gestartet werden, um im Hinblick auf die nächsten Wahlen auseinanderstrebende soziale Gruppen affektiv zu einer Mehrheit für das nationalautoritäre Lager zusammenzubringen.

EUROPA ALS IDENTITÄTSPOLITISCHES PROJEKT

Rechte Identitätspolitik besitzt längst eine europäische Dimension. Anfang Dezember 2021 lud das polnische Regierungslager die Vorsitzenden von etwa einem Dutzend rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien zum »Warsaw Summit«.⁵¹ Marine Le Pen verbreitete über die sozialen Medien Bilder von

⁵¹ Einen Überblick über die Berichterstattung über dieses Treffen in den europäischen Zeitungen bietet: <https://www.eurotopics.net/de/272673/warsaw-summit-ultrarechter-eu-schulterschluss#>.

⁵⁰ Gramsci: *Gefängnishefte*, 873.



ihrem Empfang in Warschau, der dem einer Regierungschefin würdig war.⁵² Die polnische Regierung wiederum nutzte die Übertragungen von der internationalen Zusammenkunft mit der Präsidentschaftskandidatin des französischen Rassemblement National, dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán oder dem Vorsitzenden der spanischen rechtspopulistischen Partei Vox, um dem Vorwurf von Kritiker:innen von einer zunehmenden außenpolitischen Isolierung Polens entgegenzutreten.

In den Erklärungen zu diesem »Gipfel«-mischen sich machtpolitische mit identitätspolitischen Motiven. Machtpolitisch geht es den Initiator:innen um die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine engere Zusammenarbeit der im Europäischen Parlament aktuell in zwei Fraktionen organisierten rechten Gruppierungen. Gleichzeitig soll ein explizites rechtes Gegenprojekt zu dem von der neuen deutschen Bundesregierung formulierten Vorschlag einer sukzessiven Föderalisierung Europas entwickelt werden. Dessen Grundlage soll, in den Worten von Jarosław Kaczyński, in der etwas altbackenen Formulierung von dem »Europa der Vaterländer« liegen, in dem die »Nationen« die einzigen Trägerinnen »politischer Souveränität« darstellen. Ein solches Gegenprojekt sei dringend vonnöten, denn im zeitgenössischen Europa sei die Freiheit zunehmend durch eine »radikale politi-

sche Korrektheit« bedroht. Ein derartiges Europa werde sich in eine »weiche Zivilisation« entwickeln, das den »harten Zivilisationen« des Ostens nicht werde standhalten können.⁵³ Das staatliche polnische Fernsehen bietet auch hier wieder die passende Untermalung, in dem es Bildsequenzen zu China, Russland und dem Islam als Illustrationen dieser zivilisatorischen Herausforderung anführt.

In dieser Klage über politische Korrektheit begegnen wir wiederum der identitätspolitischen Argumentationsfigur einer durch minoritäre Bewegungen angeblich bedrohten Mehrheit, die nun aber auf den gesamten Kontinent Anwendung findet. Kulturfundamentalistische Positionen⁵⁴ von raumgebundenen, stabilen Identitäten, der Unmöglichkeit eines Zusammenlebens in Differenz⁵⁵ und von der Ordnung der Welt entlang von strikten und ahistorischen Oppositionen von »eigen« und »fremd« werden hier parallel auf zwei Ebenen in Stellung gebracht: durch den Verweis auf die *Nationen* als den ewigen, festen und unveränderlichen politischen Körpern sowie auf die diese verbindende kontinentale *Zivilisation Europas*, die – geschwächt durch emanzipatorische Projekte – aktuell von außen überrannt oder dominiert zu werden droht.

Dieses Rahmennarrativ plausibilisiert zugleich eine immer häufiger zu beobachtende Differenzierung von Migrationsbewegungen

In dieser Klage über politische Korrektheit begegnen wir wiederum der identitätspolitischen Argumentationsfigur einer durch minoritäre Bewegungen angeblich bedrohten Mehrheit, die nun aber auf den gesamten Kontinent Anwendung findet.

52 Siehe hierzu folgenden Eintrag auf Marine Le Pens Twitter Account: *Le Pen: Dans le cadre de ma visite...*, online. sowie exemplarisch: Tilles: *Polish PM meets with French far-right leader Le Pen*, online.

53 TVP Info: Jarosław Kaczyński: *Europa, na skutek działań niemieckich*, online.

54 Karagiannis/Randeria: *Zwischen Begeisterung und Unbehagen*; Stolcke: *Talking Culture*.

55 Adam: *Zusammenleben in Differenz*.



Vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit wurden im Herbst und Winter 2021/22 Teile der östlichen Außengrenze der EU zu einem weiteren »feindlichen Terrain« arrangiert, ...

entlang von rassifizierenden Kategorisierungen. So ist die Wanderung von einigen Millionen Polinnen und Polen, die sich auf der Suche nach besseren Löhnen oder Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren in westeuropäischen Ländern angesiedelt haben, hier nicht weiter erklärungsbedürftig. Sie stellen zumindest in der Einschätzung der polnischen Rechten keine identitäre Bedrohung für die Aufnahmegesellschaften dar – sei es, da man die gleiche »zivilisatorische Essenz« des christlichen Europa teilt oder sei es, da sich Migration in diesem Fall als temporär denken lässt und die Wiederherstellung des »Ausgangszustandes« durch »Rückkehr« als politischer Zielhorizont erhalten bleibt. Eine andere Kategorisierung erfahren hingegen Migrant:innen aus dem Globalen Süden und insbesondere aus als muslimisch klassifizierten Ländern. Sie erscheinen in diesem Narrativ als Störfaktoren sowohl der nationalen als auch der kontinentalen Ordnung. Sie werden zur Quelle der Konfrontation mit einer den Europäer:innen »unerträglichen Differenz«, zur Bedrohung eines angeblich »natürlichen« Bedürfnisses »unter sich« zu bleiben stilisiert. Die Militarisierung der polnischen Ostgrenze gegen den – im staatlichen polnischen Fernsehen tatsächlich immer wieder so bezeichneten – »Sturm« muslimischer Migrant:innen bekommt hierdurch ihre identitätspolitische Bedeutung. Sie wird zu einem wesentlichen Element eines großflächigeren zivilisatorischen Verteidigungs- und Überlebenskampfes Europas gegen die existentiellen Bedrohungen, die von außen hereinströmen.

Diese Beobachtungen zu Europa als einem rechten identitätspolitischen Projekt mögen uns daran erinnern, dass sich in gegenwärtigen Grenzpolitiken nicht nur autoritäre Verschiebungen innerhalb einzelner Staaten zeigen. Es sind die Grundlagen des europäischen Projektes, die hier zur Debatte stehen. Vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit wurden im Herbst und Winter 2021/22 Teile der östlichen Außengrenze der EU zu einem weiteren »feindlichen Terrain«⁵⁶ arrangiert, in dem auch die natürlichen, geographischen Bedingungen zur Abschreckung und Abwehr von Migrant:innen genutzt werden. Anders als im Mittelmeer sind es hier nicht weite Wasserflächen und Stürme, die das Leben, die körperliche Integrität und die Würde von Menschen bedrohen, sondern ausgedehnte sumpfige Waldgebiete und die Kälte des Winters. Und trotz des kontinuierlichen Einsatzes von polnischen Aktivist:innen, Journalist:innen, Ärzt:innen und einfachen Bewohner:innen des Grenzgebietes, die auf die unterschiedlichen, mitunter tödlichen, Konsequenzen dieser Grenzpolitiken hinweisen, blieb die Kritik von offiziellen Vertre-

⁵⁶ So der Begriff, der durch das Undocumented Migration Project, geleitet von dem Anthropologen Jason de León, entwickelt worden ist, um den Einsatz der Wüstengebiete an der Südgrenze der USA zur Abschreckung und Abwehr von Migranten zu bezeichnen: <https://www.undocumentedmigrationproject.org/hostileterrain>, 94. De León hat gleichfalls aufgezeigt, wie die hohen Temperaturen und gefährlichen Geländebedingungen in diesen Gebieten von US-Grenzpolitiken als »Waffen« eingesetzt werden. De León: *The Land of Open Graves*.



ter:innen europäischer Institutionen bisher eher verhalten. Eine längerfristige Politik der Schließung des Kontinents, der Illegalisierung menschlicher Mobilität und der Militarisierung von Außengrenzen, die das Sterben von Menschen zumindest in Kauf nimmt, hat eine weitere Normalisierung erfahren.

Was hier verloren zu gehen droht, sind nicht »nur« die Beachtung von internationalem Recht und die Lebenschancen von Menschen aus dem Globalen Süden. Es ist das Selbstverständnis, dass es sich bei Europa nicht um einen abgeschlossenen und urwüchsigen Zivilisationsraum handelt, sondern um eine wandelbare Formation, die erst im Zuge ihrer vielfältigen globalen Beziehungen und sich

hier kreuzender Mobilitäten ihre heutige Gestalt erhalten hat⁵⁷ – anders formuliert: Differenz und Migration bilden Grundelemente der europäischen Verflechtungsgeschichte und Gegenwart.⁵⁸

Rechte Identitätspolitik versucht diese Erkenntnis sukzessive aus dem Blickfeld zu rücken. Die Zukunft von Europa als einem kosmopolitischen und demokratischen Projekt wird sich auch an der Frage entscheiden, was die Europäer:innen dieser identitätspolitischen Offensive von rechts entgegensetzen vermögen.

57 Adam/Bojadžijev u. a.: *Europa dezentrieren*, 8; Randeria: *Das Verborgene entdecken*.

58 Siehe Randeria/Römhild: *Das postkoloniale Europa*.

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Jens: Zusammenleben in Differenz. Ein kulturanthropologischer Kommentar zur »Anerkennung kultureller Vielfalt« als Dimension des gerechten Friedens. In: *Kulturelle Vielfalt als Dimension des gerechten Friedens*, hg. v. Sarah Jäger und André Munzinger. Wiesbaden: Springer VS, 2019, 61–84.

Adam, Jens; Bojadžijev, Manuela; Knecht, Michi; Lewicki, Paweł; Polat, Nurhak; Römhild, Regina; Spiekermann, Rika: Europa dezentrieren. Programm und Perspektiven einer Anthropologie reflexiver Europäisierung. In: *Europa dezentrieren. Globale Verflechtungen neu denken*, hg. v. Jens Adam, Regina Römhild, Manuela Bojadžijev, Michi Knecht, Paweł Lewicki, Nurhak Polat und Rika Spiekermann. Frankfurt: Campus Verlag, 2019, 7–33.

Agence France-Presse: Blanquer lance son »Laboratoire de la République«, ciblant notamment »le wokisme«. In: *Le Point*, 14.10.2021. https://www.lepoint.fr/politique/blanquer-lance-son-laboratoire-de-la-republique-ciblant-notamment-le-wokisme-14-10-2021-2447668_20.php [13.01.2022]

Appadurai, Arjun: *Die Geographie des Zorns*. Frankfurt: Suhrkamp, 2009.



- Bachmann, Klaus: Die Auseinandersetzung um die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten in Polen. In: *Polen-Analysen* 265/2020. <https://doi.org/10.31205/PA.265.01> [04.11.2022].
- BBC: *Polish election: Andrzej Duda says LGBT ideology worse than communism*, 2020. <https://www.bbc.com/news/world-europe-53039864> [04.11.2022].
- Beyer, Caroline: Comment l'islamo-gauchisme gangrène les universités. In: *Le Figaro*, 11.02.2021. <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/comment-l-islamo-gauchisme-gangrene-les-universites-20210211> [13.01.2022]
- Bhatt, Chetan: White Extinction: Metaphysical Elements of Contemporary Western Fascism. In: *Theory, Culture & Society* 38/1/2021, 27–52.
- Collectif: Une Centaine d'universitaires alertent: »Sur l'islamisme, ce qui nous menace, c'est la persistance du déni«. In: *Le Monde*, 31.10.2020. https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/une-centaine-d-universitaires-alertent-sur-l-islamisme-ce-qui-nous-menace-c-est-la-persistance-du-deni_6057989_3232.html [13.01.2022]
- Danielewski, Michał: *O rety, tę władzę uratują kobiety? Zmierzyliśmy rosnący potencjał poparcia dla PiS*, 2021. https://oko.press/o-rety-te-wladze-uratuja-kobiety-sondaz-ipsos/?utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1632906476 [04.11.2022].
- Davies, William: The Politics of Recognition in the Age of Social Media. In: *New Left Review* 128/2021, 83–99.
- De León, Jason: *The Land of Open Graves. Living and Dying on the Migrant Trail*. Oakland: University of California Press, 2015.
- Durand, Mathilde. 2020. »Ce qu'on appelle l'islamo-gauchisme fait des ravages«, dénonce Jean-Michel Blanquer. *Europe1.fr*, <https://www.europe1.fr/politique/ce-quon-appelle-lislamo-gauchisme-fait-des-ravages-denonce-jean-michel-blanquer-4000366>. [13.01.2022]
- Elysée: *La République en actes: discours du Président de la République sur le thème de la lutte contre les séparatismes*, 02.10.2020. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/10/02/la-republique-en-actes-discours-du-president-de-la-republique-sur-le-theme-de-la-lutte-contre-les-separatismes> [13.01.2022]
- Flader, Ulrike: Zwischen Apathie und Hoffnung. In: *IWM Post* 128/2021, 14.
- Fassin, Didier: *Enforcing Order. An Ethnography of Urban Policing* (Übers. Rachel Gomme). Cambridge, Malden: Polity Press, 2013.
- Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument, 1991 ff.
- Grzebalska, Weronika; Pető, Andrea: The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland. In: *Women's Studies International Forum* 68/2018, 164–172.
- Hajjat, Abdellali: Islamophobia and French academia. In: *Current Sociology* 69/5/2021, 621–640.
- Heckmann, Dirk-Oliver: Wolfgang Thierse (SPD) über Identitätspolitik/»Ziemlich demokratiefremd«.



- Wolfgang Thierse im Gespräch mit Dierk-Oliver Heckmann, Deutschlandfunk, 2021. <https://www.deutschlandfunk.de/wolfgang-thierse-spd-ueber-identitaetspolitik-ziemlich-100.html> [13.01.2022]
- Hénin, Emmanuelle; Tavoillot, Pierre-Henri: Colloque international »Après la deconstruction: reconstruire les sciences et la culture«, 2021. <https://collegedephilosophie.blogspot.com/> [13.01.2022]
- Kancelaria Premiera: *#WeDefendEurope* [Youtube-Video], 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=ST4HOPEWdb0> [05.11.2022].
- Karagiannis, Evangelos; Randeria, Shalini: Zwischen Begeisterung und Unbehagen: Ein anthropologischer Blick auf den Begriff der Kultur. In: *Transkulturelle Politische Theorie. Eine Einführung*, hg. von Sybille De La Rosa, Sophia Schubert und Holger Zapf. Wiesbaden: Springer VS, 2016, 63–83
- Kostrzewski, Leszek: *Poczta Polska murem za mundurem i Radiem Maryja*, 2021. <https://wyborcza.biz/biznes/7,177151,27896598,poczta-polska-murem-za-mundurem-i-radiem-maryja.html> [05.11.2022]
- Łada, Agnieszka: Der polnische Fernseh- und Radiomarkt. In: *Polen-Analysen 270* / 2021. <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/270/der-polnische-fernseh-und-radiomarkt/> [05.11.2022].
- Le Pen, Marine [@MLP_officiel]: Dans le cadre de ma visite officielle à Varsovie, je serai reçue ce soir par Mateusz Morawiecki, Premier ministre de la Pologne pour échanger ensemble sur l'avenir des nations européennes. [Tweet], 2021. https://twitter.com/MLP_officiel/status/1466784050832719875 [05.11.2022].
- Levy, Jean-Daniel; Bartoli, Pierre-Hadrien; Gautier, Antoine: Baromètre d'intentions de vote à l'élection présidentielle de 2022: Vague 18. Semain du 20 octobre 2021, 2021. <http://harris-interactive.fr/wp-content/uploads/sites/6/2021/10/Rapport-Harris-Vague-18-Intentions-de-vote-Présidentielle-2022-Challenges.pdf> [13.01.2022]
- Metcalf, A.W.: The Demonology of Class. The Iconography of the Coalminer and the Symbolical Construction of Political Boundaries. In: *Critique of Anthropology* 10(1), 1990, 39–63.
- Mondon, Aurelien; Winter, Aaron: Articulations of Islamophobia: from the extreme to the mainstream? In: *Ethnic and Racial Studies* 40/13/2017, 2151–2179.
- Nogaś, Michał; Anna Alboth: »Na granicy państwo nie działa. Dlatego działamy my« [Audio-Podcast], 2021. <https://wyborcza.pl/podcast/0,172673.html?podcast=112571> [05.11.2022]
- Onishi, Norimitsu: Will American Ideas tear France apart? Some of its Leaders think so. In: *New York Times*, 2021. <https://www.nytimes.com/2021/02/09/world/europe/france-threat-american-universities.html> [13.01.2022]
- Pető, Andrea: Feminist Stories from an Illiberal State: Revoking the License to Teach Gender Studies in Hungary at a University in Exile (CEU). In: *Gender and Power in Eastern Europe: Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations*, hg. v. Katharina Bluhm, Gertrud Pickhan, Justyna Stypinska und Agnieszka Wiercholska. Cham: Springer International Publishing, 2021, 35–44.



- Polskie Radio: *Polish, Baltic PMs denounce 'hybrid attack' by Belarus amid border crisis*, 2021. <https://www.polskieradio.pl/395/7785/Artykul/2793885,Polish-Baltic-PMs-denounce-hybrid-attack-by-Belarus-amid-border-crisis> [05.11.2022].
- Randeria, Shalini: *Cunning States and Unaccountable International Institutions: Legal Plurality, Social Movements and Rights of Local Communities to Common Property Resources*. In: *European Journal of Sociology / Archives Européennes de Sociologie / Europäisches Archiv Für Soziologie* 44/1/2003, 27–60.
- Randeria, Shalini: *Das Verborgene entdecken: Zur Geschichte und Methodologie des Verflechtungsansatzes. Shalini Randeria im Gespräch mit Jens Adam und Regina Römhild*. In: *Europa dezentrieren. Globale Verflechtungen neu denken*, hg. V. Jens Adam, Regina Römhild, Manuela Bojadžijev, Michi Knecht, Paweł Lewicki, Nurhak Polat und Rika Spiekermann. Frankfurt am Main: Campus, 2019, 35–65.
- Randeria, Shalini; Karagiannis, Evangelos: *The Migrant Position: Dynamics of Political and Cultural Exclusion*. In: *Theory, Culture & Society* 37/7–8/2020, 219–231.
- Randeria, Shalini; Römhild, Regina: *Das Postkoloniale Europa: Verflochtene Genealogien der Gegenwart – Einleitung zur erweiterten Neuauflage (2013)*. In: *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. 2., erweiterte Auflage, hg. V. Sebastian Conrad, Shalini Randeria und Regina Römhild. Frankfurt am Main: Campus, 2013, 9–31.
- Rohde, Stephanie: *Genderforscherin Geier zu Identitätspolitik/ »Wir müssen anerkennen, dass es Verschiedenheit in der Gesellschaft gibt«*. Andrea Geier im Gespräch mit Stephanie Rohde, Deutschlandfunk, 2021. <https://www.deutschlandfunk.de/genderforscherin-geier-zu-identitaetspolitik-wir-muessen-100.html> [13.01.2022].
- Stolcke, Verena: *Talking Culture: New Boundaries, New Rhetorics of Exclusion in Europe*. In: *Current Anthropology* 36 (1), 1995, pp. 1–24.
- Szubrycht, Jarek: *Koncert »Murem za polskim mundurem« w TVP to kpina z munduru. I ponura groteska*, 2021. <https://wyborcza.pl/7,113768,27880352,koncert-murem-za-polskim-mundurem-w-tvp-to-kpina-z-munduru.html> [05.11.2022].
- Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009.
- Thierse, Wolfgang: *Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2021. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html> [13.01.2022].
- Tilles, Daniel: *Polish PM meets with French far-right leader Le Pen to discuss EU's »unacceptable blackmail«*, 2021. <https://notesfrompoland.com/2021/10/22/polish-pm-meets-with-french-far-right-leader-le-pen-to-discuss-eus-unacceptable-blackmail/> [05.11.2022].
- tokfm.pl: *Brudziński na Twitterze: Polska bez LGBT jest najpiękniejsza. »Pomyślcie, co naprawdę znaczy ten infantylny wpis«*, 2020. <https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,171710,26027437,brudzinski-na-twitterze-polska-bez-lgbt-jest-najpiekniejsza.html> [04.11.2022].



- Tumidalski, Wojciech: *Hanna Machińska, zastępca Rzecznika Praw Obywatelskich* [Audio-Podcast], 2021. <https://podcasty.rp.pl/rozmowy/prawo/18198-hanna-machinska-zastepca-rzecznika-praw-obywatelskich> [05.11.2022].
- TVP Info: Jarosław Kaczyński: *Europa, na skutek działań niemieckich, ma iść ku federalizacji*, 2021. <https://www.tvp.info/57282269/prezes-pis-jaroslaw-kaczynski-podczas-warsaw-summit-o-unii-europejskiej-niemcech-wolnosc-demokracji> [05.11.2022].
- TVP Info: *Murem za polskim mundurem*. [Youtube-Video], 2021 <https://www.youtube.com/watch?v=KY9v1NFx3Z8> [05.11.2022].
- Warnke, Ingo H.; Bonacchi, Silvia; Seiler-Brylla, Charlotta: *Mimikry der Marginalität*. In: *Akten des XIV. Internationalen Germanistenkongresses Palermo 2021: Wege der Germanistik in transkultureller Perspektive*, hg. v. Laura Auteri. Berlin: Peter Lang Verlag, im Druck.
- Wright, Susan; Reinhold, Sue: »Studying Through«: A Strategy for Studying Political Transformation. Or Sex, Lies and British Politics. In: *Policy Worlds. Anthropology and the Analysis of Contemporary Power*, hg. v. Cris Shore, Susan Wright und Davide Però. New York, Oxford: Berghahn Books, 2011, 86–104.
- Yildiz, Tarik: *Racisme anti-blanc: »Traiter la question sans attiser les haines«*. In: *Figaro Vox*, 2021. <https://www.lefigaro.fr/vox/societe/racisme-anti-blanc-traiter-la-question-sans-attiser-les-haines-20211007> [13.01.2022]
- Zia-Ebrahimi, Reza: *The French origins of »Islamophobia denial«*. In: *Patterns of Prejudice* 54/4/2020, 315–346.
- Zygiel, Adam: *Posel PiS Przemysław Czarnek o LGBT: Nie są równi ludziom normalnym*, 2020. https://www.rmf24.pl/fakty/polska/news-posel-pis-przemyslaw-czarnek-o-lgbt-nie-sa-rowni-ludziom-nor,nId,4553693#crp_state=1 [04.11.2022].